

Eine Anpassung der Anpassung

Regierung und Arbeitgeber sprechen sich über Rentenreform aus

Am Montag hatten die Minister Di Bartolomeo, Frieden, Biltgen und Schmit die Gewerkschaften empfangen, um sich deren Ansichten zur Rentenreform anzuhören. Gestern war es an den Vertretern des Patronats, den Regierungsvertretern ihre Sicht der Dinge über die künftige Ausrichtung der Altersvorsorge darzulegen. Langfristig könne das Rentensystem nur abgesichert werden, wenn das Vorruhestandsalter erhöht werde, die Beitragssätze eingefroren blieben und die Rentenbezüge nicht länger an die Lohnentwicklung angepasst würden, meinen die Arbeitgeber. Letztere Maßnahme sei auch sozial verträglich, schließlich bleibe den Rentnern immer noch die Indexanpassung als Ausgleich für einen möglichen Kaufkraftverlust.

Eine Abschaffung der Rentenanpassung kommt für die Regierung keinesfalls in Frage, stellte Mars Di Bartolomeo gestern nach der Unterredung mit den Arbeitgeberorganisationen klar. Eine



UEL-Präsident Michel Wurth und UEL-Direktor Pierre Bley „haben das Gefühl, dass die Regierung unsere Sorgen ernst nimmt.“ (FOTO: S. WALDBILLIG)

Anpassung der Anpassung schloss der Sozialminister jedoch nicht aus. Falls es die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder die „Ressourcen der Rentenkassen“ erfordern, soll das Ajustement niedriger beziehungsweise ganz ausfallen, erläuterte Di Bartolo-

meo. „Einen Automatismus wird es nicht mehr geben.“ UEL-Direktor Pierre Bley deutet diese Aussagen als Zeichen dafür, „dass die Regierung unsere Sorgen ernst nimmt.“

Nicht ernst zu nehmen scheint das Kabinett hingegen die Beden-

ken der Arbeitgeber gegen höhere Beitragssätze. Finanzminister Luc Frieden stellte gestern klar, dass eine Abgabenerhöhung in den kommenden zehn Jahren „nicht notwendig ist.“ Sozialminister Mars Di Bartolomeo versuchte zu erklären, dass höhere Beiträge erst zur Debatte stünden, wenn „das System kippt.“ Wenn das System im Jahr 2014 kippen sollte, dann stünden eben im Jahr 2014 Beitragserhöhungen an. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne davon aber nicht die Rede sein.

Diesen Gedankenspielen kann Pierre Bley natürlich recht wenig abgewinnen. Indem die Regierung Beitragserhöhungen in Aussicht stelle, schaffe sie die Voraussetzungen für ein starkes Wirtschaftswachstum ab. Eine gesunde Konjunktur sei aber notwendig, damit die geplante Rentenreform überhaupt greife. Was die Regierung also in Sachen Beitragssätze plane, ist nach Ansicht des UEL-Direktors „inkohärent und gefährlich.“ (jm)